

Partizipation- eine Aufgabe für die Offene Kinder- und Jugendarbeit

Partizipation ist kein neuer Aspekt, sondern immer schon ein konstitutives Merkmal Offener Kinder- und Jugendarbeit. Es bedeutet, dass Partizipation ein durchlaufendes Arbeitsprinzip von Offener Kinder- und Jugendarbeit sein sollte, das allen Aktivitäten zugrunde liegt, sei es nun der Aufbau und Inhalt eines Projektes, die Gestaltung eines Raumes oder die Themen für die Ferienfreizeit. Immer geht es dabei um die partizipative Perspektive, d.h. um die Frage, gestalten wir Offene Arbeit mit oder für Kinder und Jugendliche.

Unter gesellschaftlicher Beteiligung werden auch Projekte verstanden, die über den institutionellen Horizont der Einrichtungen Offener Kinder- und Jugendarbeit hinausgehen in den Alltag und die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen bzw. in den Raum kommunaler Politik hinein. Es geht hierbei um den pädagogischen Arbeitsansatz, wie Offene Kinder- und Jugendarbeit darauf hinwirken kann, Kinder und Jugendliche am demokratischen Prozess zu beteiligen und sie zu mündigen Bürgern und Bürgerinnen in einer demokratisch verfassten Gesellschaft zu „erziehen“. Im Vordergrund sollten dabei vor allem Entscheidungen stehen, die das Leben von Kindern und Jugendlichen unmittelbar betreffen. Dieser Lebensweltbezug hat sich als Grundprinzip der Partizipation durchgesetzt. Auch die 15. Shell-Jugendstudie betont, dass Möglichkeiten der Kinder- und Jugendbeteiligung deutlich ausgebaut werden müssen.

„Die Shell-Jugendstudie zeigt deutlich, dass Kinder und Jugendliche in Deutschland ein hohes Maß an Bewusstsein für die großen Probleme der Gesellschaft haben. Besonders erfreulich ist, dass sie sich den Herausforderungen der heutigen Zeit stellen und sich bei der Lösung von Problemen nicht entmutigen lassen. Es ist beim vorhandenen hohen gesellschaftlichen Engagement der Kinder und Jugendlichen sehr bemerkenswert, dass sie sich nicht nur für ihre eigenen Interessen, sondern auch für sozial schwache und benachteiligte Menschen einsetzen. Das zeigt deutlich, dass sich Kinder und Jugendliche in die Gestaltung ihrer Lebenswelt einmischen wollen und das auch können, wenn man sie lässt. Deshalb sind Politik und Gesellschaft dazu aufgerufen, die Möglichkeiten der Kinder- und Jugendbeteiligung deutlich auszubauen. Es ist gut, dass Kinder und Jugendliche dem politischen Extremismus eine klare Absage erteilen. Darauf gilt es mit politischen Bildungsprogrammen aufzubauen. Bedenklich ist es aber, wenn für die Mehrheit der Jugendlichen Politik keine Größe mehr darstellt, an der sie sich orientieren können. Hier muss die Politik noch einiges an Hausaufgaben machen.“

Im Bereich der Bildung zeigt die Studie deutlich, dass hier eine der größten Aufgaben unserer Gesellschaft liegt. Kinder aus sozial schwierigen Verhältnissen besuchen nicht die Schulen, die ihren Fähigkeiten entsprechen. Wir müssen es zukünftig schaffen, die Potenziale unserer Kinder besser zu fördern. Dabei muss der Aspekt der Chancengleichheit stärker als bisher in den Fokus unserer Aufmerksamkeit rücken. Hier müssen wir uns am finnischen Beispiel schulischen Lernens orientieren. Jedes Kind kann es schaffen, vorausgesetzt wir sind gut genug, es zu fördern.“ (Deutsches Kinderhilfswerk vom 21. September 2006)

Grundsätzlich sollten aber für alle Partizipationsformen folgende Standards gelten:

- Kinder und Jugendliche sollten freiwillig unter Begleitung von Erwachsenen an gemeinsam formulierten Zielen in überschaubaren Prozessen arbeiten.
- Partizipation ist ein wechselseitiger Lernprozess für Kinder und Jugendliche, aber auch für die beteiligten Erwachsenen.
- Kinder und Jugendliche müssen mit ihren Interessen und Bedürfnissen ernst genommen werden.
- Der Prozess der Beteiligung muss für Kinder und Jugendliche überschaubar sein. Er sollte sich auf konkrete Maßnahmen beziehen und auch kurzfristige Ergebnisse liefern.
- Kinder und Jugendlichen muss ein Feedback über Erreichtes und Nichterreichtes gegeben werden.
- Kinder und Jugendliche sind in der erwachsenen Welt strukturell benachteiligt, sie brauchen erwachsene Lobbyisten, die ihre Sache mit unterstützen.

Partizipation (v. lat.: particeps = an etwas teilnehmend; zugehöriges Verb: partizipieren) heißt übersetzt, Beteiligung, Teilhabe, Teilnahme, Mitwirkung, Mitbestimmung, Einbeziehung.

Das Jugendfördergesetz NRW (§ 6) regelt die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf drei Ebenen:

1. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben dafür Sorge zu tragen, dass Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem Entwicklungsstand in den sie betreffenden Angelegenheiten rechtzeitig, in geeigneter Form und möglichst umfassend unterrichtet sowie auf ihre Rechte hingewiesen werden. Zur Förderung der Wahrnehmung ihrer Rechte sollen bei den Trägern der öffentlichen Jugendhilfe geeignete Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

2. Kinder und Jugendliche sollen an allen ihre Interessen berührenden Planungen, Entscheidungen und Maßnahmen, insbesondere bei der Wohnumfeld- und Verkehrsplanung, der bedarfsgerechten Anlage und Unterhaltung von Spielflächen sowie der baulichen Ausgestaltung öffentlicher Einrichtungen in angemessener Weise beteiligt werden.

3. Bei der Gestaltung der Angebote nach § 10 Abs. 1 Nr. 1-9 sollen die öffentlichen und freien Träger und andere nach diesem Gesetz geförderte Einrichtungen und Angebote die besonderen Belange der Kinder und Jugendlichen berücksichtigen. Hierzu soll diesen ein Mitspracherecht eingeräumt werden.

Der Planungsauftrag der Kommunen ist es daher ein dreigeteiltes Konzept ist zu entwickeln:

- Sozialräumliche Ansprechpartner
- Beteiligung an kommunalen Planungs- und Entscheidungsverfahren
- Beteiligungskonzepte in Einrichtungen / bei Angeboten

Die Erstellung der Kinder- und Jugendförderpläne bietet also die Chance, gesellschaftliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf der kommunalen Ebene strukturell und prozesshaft stärker zu verankern. Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen bei der Erstellung der kommunalen Kinder- und Jugendförderpläne „brennt allen unter den Nägeln“. Die Beteiligungsinstrumente und –verfahren sind den Jugendhilfeplanern und Jugendpflegern inzwischen durch verschiedene Veranstaltungen und Beratungsprozesse bekannt, aber Fragen zur Umsetzung und Implementierung einer wirklichen Beteiligung bei kommunaler Jugendhilfeplanung stehen immer noch im Raum.

Martina Horlitz (Fachberaterin Offene Kinder- und Jugendarbeit im Landesjugendamt Rheinland)
martina.horlitz@lvr.de

Aus: Jugendhilfe-Report 4/2006 (Landesjugendamt Rheinland)